Wer wagt das erste Machtwort gegen den Wachstums-Wahn?

Posted on 23. Juli 2021 by Wolfgang Storz





Fotos: wikimedia commons (links), Hermann auf Pixabay (rechts)

Um was geht es bei den vielen Dürre- und Hitzemonaten (2018, 2019) und Wassermassen (heute)? Um besseren Katastrophenschutz, um die Rückkehr in die 1950er Jahre mit Sirenen? Nein, es geht um das, was die Politik verschweigt und mit keinem Satz konkret zu erwähnen wagt: Nach welch tiefen Einschnitten in den Alltag der Wirtschaft, der Produzentinnen und der Konsumenten, diese bis jetzt kleinen Katastrophen schreien. Wegen vordergründiger Industrie- und Konsuminteressen wurden wertvolle Jahre Zeit verplempert. Allgemeine Ziele verschleiern die Dramatik, eine Vorstellung vom neuen Alltag bringt sie nahe. Ein Haushalt (zwei, drei Menschen) mit diesem Lebensstil: täglich Fleisch, ein, zwei, drei Autos im Besitz, pro Jahr zwei bis vier Urlaube via Billigflieger, gemäß der jeweiligen Konzern-Werbeansage notfalls mehrfach im Jahr neue Kleider, Möbel, Laptops, Iphones kaufen und so weiter — dieser Haushalt muss diesem Lebensstil entsagen oder das Vielfache dafür zahlen.

All diese (oft nutzlosen) ressourcenverschwenderischen Produkte und Produktionsverfahren müssen sehr viel teurer werden. Ein um läppische 16 Cent höherer Benzin-Preis, der so viele aufregt, ist nicht einmal die Rede wert; es geht um viel mehr. Und warum müssen solche Maßnahmen nun schnell kommen und drastisch sein? Wegen fahrlässig vertaner Jahrzehnte, vollgestopft mit wachsendem Wissen, vertanen Chancen, weggeschobenen Alternativen, bombastischen Deklamationen. Also irre viel Material, bei dessen Sichtung vielleicht Nützliches gelernt werden kann, um der näher rückenden Katastrophe zu trotzen. Deshalb einige Rückblicke, auch einen auf den Erd- und Umweltgipfel in Rio de Janeiro vor knapp 30 Jahren.
Ich will mit diesen Rückblicken das entschiedene und gehaltvolle Plädoyer von Horand Knaup auf *bruchstücke* über das DOCH fortführen.

War der Erdgipfel in Rio ein Flop?

Im Juni 1992 sollte die Weltpolitik umgestellt werden: mehr nachhaltige Entwicklung, Schutz der Arten und Wälder, mehr Gerechtigkeit. Die Vereinten Nationen hatten in Rio de Janeiro einen zweiwöchigen Umweltgipfel, auch „Erdgipfel“ genannt, ausgerichtet. Alle kamen: die damaligen Staatschefs George Bush (USA), Helmut Kohl (Deutschland), John Major (Großbritannien), Fidel Castro (Kuba), die Regierenden aus Japan, Indonesien, Malaysia, der indische Staatschef Rao, Vertreter der G77-Gruppe (einer Vereinigung wichtiger Entwicklungsländer), etwa 8.000 NGOs aus 165 Ländern undundund … . Einer der Kernkonflikte, die im Mittelpunkt standen: Wie viele Milliarden zahlen die wohlhabenden Industrieländer an den wirtschaftlich armen Süden, damit der seine Natur schützen kann?

In Rio wurde eine anspruchsvolle Agenda 21 verabschiedet; ein Leitfaden für die Umwelt- und Entwicklungspolitik der nächsten 30, 40 Jahre sollte er sein. Es ging um eine neue Artenschutz-und Klimakonvention, den Schutz der Wälder weltweit. Damals wurde offiziell der Begriff der Nachhaltigkeit in den Sprachschatz der Weltpolitik gehievt. Und der unauflösliche Zusammenhang von Umwelt *und* Entwicklung etabliert. Mit anderen Worten: Diese Themen waren mit dieser Konferenz auf dem Tisch der Welt.



Vor fast 30 Jahren: Bundeskanzler Helmut Kohl spricht auf dem Erdgipfel von Rio.
Foto: Julia FaßbenderLeMO(Lebendiges Museum Online)-Objekt des Hauses der Geschichte, REGIERUNGonline; B 145 Bild-00016809

Und: Was hat sich seither geändert? Die Ausgangslage damals, sehr grob skizziert: Im Süden der Welt plündern viele Menschen die Natur, weil sie arm sind. Im Norden ruinieren die Menschen die Natur mit ihrem Lebensstil des Wohlhabenden und Verschwenderischen; übrigens in nennenswerten Teilen erwirtschaftet auf Kosten des Südens. Bereits damals (1992) gehörte es zum allgemeinen Wissen: Etwa 1,2 Milliarden Menschen leben in ökologisch so gefährdeten Gebieten, dass sie als potentielle Klima-Flüchtlinge gelten. Kai Whittacker, seit 2013 CDU-Bundestagsabgeordneter und Wirtschaftswissenschaftler, macht heute als einer der sehr wenigen Politiker auf diese Zusammenhänge aufmerksam: “Naturkatastrophen und Ernteausfälle als Auslöser von Unruhen — heute Realität, morgen Fluchtursache. Spätestens dann, wenn die Migrationsströme Kurs auf Europa nehmen, lernen auch wir den Klimawandel als soziale Herausforderung kennen“; bei uns kein großes Thema. Noch eine Zahl. Bereits 1992 waren sich Forscher sicher: Für Mitteleuropa zeigen alle Daten, Dürrerisiken werden zunehmen. Kommt uns das seit 2018 bekannt vor?

Das Neue: unberechenbar, wuchtig, geschwind, tödlich

An dieser eben geschilderten Ausgangslage von 1992 hat sich bis heute (Sommer 2021) im Prinzip nichts geändert. Allerdings: Sie hat sich drastisch verschärft. Die Folge, die wir heute unter anderem in der Eifel erleben: Ein System hält Stress lange aus, auch ohne sichtbare Folgen. Irgendwann wird es zu viel. Es kippt: ins Unberechenbare, eventuell in eine Richtung, die unumkehrbar und auch von reichen starken Staaten mit

all ihren technischen und organisatorischen Instrumenten nicht mehr kontrollierbar ist. So werden die vielen süßen romantischen Flüsschen im bisher weitgehend katastrophenfreien Deutschland zum Symbol dieser neuen Zeit: weil sie — gelernt vor wenigen Tagen — überrumpelnd schnell zu unbeherrschbaren Wassermassen werden können. Und vermutlich haben wir noch Glück; natürlich abgesehen von den Menschen, deren Existenz in Minuten weggespült worden ist. Aber was wäre, wenn nicht Wassermassen kämen, sondern eine Hitzeperiode mit 40, 50 Grad — wie in den USA und Kanada? Gegen Überschwemmungen können Staat und ehrenamtliche HelferInnen noch irgendetwas tun. Aber was tut der Staat bei zwei Wochen mit 50 Grad? Und was tun dann die ehrenamtlichen HelferInnen?

Wassermassen statt 50 Grad Hitze — trotz allem Elend noch Glück gehabt?

Aber: Was soll in solchen Gefahrenzeiten ein Rückblick? Lohnt der überhaupt? Eine Antwort: Er lohnt, bietet er doch beste Orientierung und klärt auf. Er klärt: Wer in den vergangenen Jahrzehnten warnte kompetent und blieb konsequent? Dem kann ich auch heute vertrauen, beispielsweise den Grünen und den Umweltverbänden. Wer redete vom Naturschutz auf der Bühne, organisierte aber im Hinterzimmer dessen weiteren Ruin? Dem muss ich auch heute misstrauen, beispielsweise Eigentümern und Managern der Auto- und Chemieindustrie; die Herren sind namentlich bekannt. Ein Blick zurück klärt auch: Mit welchen Interessengruppen muss heute der Machtkampf geführt werden: gegen deren ruinösen Profit- und Konsuminteressen? Wer hat das Desaster, das inzwischen sogar bei uns in Deutschland (in Afrika und anderswo schon lange) Menschen und Existenzen gefährdet, zu verantworten? Die klärende Antwort: Die Mehrheit der Weiterso-Fraktion, vor allem Konservative, Rechte, Industrielle, überzeugte Konsumisten, die haben versagt — die anderen nicht! Der Rückblick kann Mut machen, an Kreatives erinnern, zu neuer Kreativität anregen. Denn er zeigt, wie weitsichtig weltweit tausende von Wissenschaftlern und Politikern schon vor Jahrzehnten waren, wie viele Ideen und Konzepte sie entwarfen — sie müssen oft nur aus den Schubladen geholt werden.

Und wenn diese Klärungen öffentlich so festgehalten werden, dann könnte doch die (weiter bestehende) Weiterso-Franktion in die Defensive geraten, die umsichtigen kompetenten Besserwisser, bisher klar in der Minderheit, dagegen in die Offensive. Und so soll es doch sein. Oder?

Wenn in Archiven die Zukunft steckt

Wer durch frühere Zeiten stöbert, der entdeckt nicht nur halbgelungene Welt-Kongresse wie den in Rio. Der stößt auch auf Willy Brandt, der auf einem SPD-Parteitag als Kanzlerkandidat das Regierungsprogramm vorträgt. Wir befinden uns im April 1961. In dem Programm steht auch: „Reine Luft, reines Wasser und weniger Lärm dürfen keine papierenen Forderungen bleiben. … Es ist bestürzend, dass diese Gemeinschaftsaufgabe, bei der es um die Gesundheit von Millionen Menschen geht, bisher fast völlig vernachlässigt wurde. Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden.“ Damals wurde Brandt dafür lächerlich gemacht, drohte Außenseiter zu werden, heute — genügend sauberes Wasser ist bei uns bereits Politikum, beispielsweise zwischen Frankfurt und seiner Umgebung, zwischen Edersee, Nordhessen, und Oberweser — kann dies nur noch als beinahe unfassbare Weitsicht gelten.



Wer in herkömmlichen Bibliotheken oder im Internet sich umschaut, der könnte auf Ivan Illich, Philosoph und Theologe, stoßen. Er übte seit den 1970er Jahren im Grundsatz Kritik an Produktion, Konsum und Technik, aus Sicht von Gesellschaft und Politik. „Die Gesellschaft ist ihrem Untergang geweiht, wenn das Wachstum der Massenproduktion dazu führt, dass die Umwelt ganz und gar unwirtlich wird … .“, so Illich in seinem Buch „Selbstbegrenzung“, das 1975 erschien. Ironisch fügte er an, heute würden die Gesellschaften fortschrittlich genannt, „in denen das Leben zu einer Prozedur des Bestellens aus einem alles umfassenden Einkaufskatalog geworden ist“. Dabei seien, so Illich, „destruktive Konsumenten … in der Mehrheit.“ Und Illich konnte damals *Amazon*, den in Digitaltechnik geronnenen Konsumwahn, noch gar nicht kennen.

Über blaue Himmel, destruktive Konsumenten, unwirtliche Umwelten

Jens Beckert, Soziologe und Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, kommt bei seinen Analysen heute zu Befunden, die mit denen von Illich zumindest in einem wichtigen Punkt übereinstimmen. So konstatiert Beckert im Mai 2020 in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Die moderne Ökonomie ist abhängig vom Konsum von Gütern, die im Prinzip auch verzichtbar sind", darum sei das ganze Konstrukt so riskant.

Und natürlich steht in den (virtuellen) Regalen des Vergangenen auch der Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums". Er wurde 1972 publiziert. Er enthält nicht nur eindringliche Warnungen — von der industriell-konsumistischen Weiterso-Fraktion wird er bis heute als verantwortungslose Panikmache abgetan —, sondern gibt auch zahlreiche Anregungen, wie Wirtschaft und Ökologie vereinbart werden könnten.



Hans Matthöfer 1976 auf einem Außerordentlichen SPD-Parteitag in der Westfalenhalle Dortmund. Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F048639-0031 / Wegmann, Ludwig / CC-BY-SA 3.0, wikimedia commons

Damit ist der Moment gekommen, der uns ins Bundestagsarchiv führt: zu Hans Matthöfer. Kennen Sie ihn? Nein. Sollten Sie aber … , eher als Helmut Schmidt; dazu einige Zeilen später. Also: Im März 1982 legte

Matthöfer als Bundesfinanzminister einen Plan für eine große Steuerreform vor. Sie verband Energiepolitik, Umweltschutz und Beseitigung von Arbeitslosigkeit auf eine intelligente Weise. Seine Vorschläge: Energie sparen, Mineralölsteuer erhöhen, Investitionen in Erneuerbare Energien, Umstellung auf weniger energieintensive Produktionsweisen. Wer sich wundert, ja, die Jahreszahl stimmt: 1982, kein Zahlendreher, kein Tippfehler.

Matthöfer hatte übrigens schon einige Jahre zuvor, Ende der 1970er — damals war er Bundesforschungsminister — der Autoindustrie nennenswerte Subventionen angeboten: Für viele Millionen an Steuergeldern sollten die Konzerne ein emissionsfreies Auto entwickeln. Die Autoindustrie hatte natürlich — kein Interesse. Was müsste heute eine grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock fordern, was müsste ein stellvertretender hessischer Ministerpräsident Tarek Al-Wazir, ein baden-württembergischer Ministerpräsident Winfried Kretschmann, ein sozialdemokratischer Bundesfinanzminister Olaf Scholz tun, was müssten sie tun, um — etwa 40 Jahre später — ähnlich mutig und umsichtig wie Matthöfer im Jahr 1982 zu sein? Matthöfer zeigt, wie mutig Politik sein kann, die anderen Genannten demonstrieren, wie armselig. Aber nun die entscheidende Frage: Wie weit kam Matthöfer mit seinem ehrgeizigen Umbauplan? Natürlich nicht weit. Warum? Sein Kanzler hieß Helmut Schmidt, den manche, vor allem Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo, immer noch für einen der Größten unter den Sozialdemokraten halten.

Vergessene Visionäre: Hans Matthöfer, Franz Steinkühler, Willi Hoss, Daniel Goedevert …

Wir stoßen beim Stöbern auch auf dieses bemerkenswerte Duo: Günther Anders, Philosoph und Schriftsteller (1902-1992) und Willi Hoss, Betriebsrat bei Daimler Benz. Anders beschäftigte sich zeitlebens intensiv mit den Folgen von Technik für Mensch und Gesellschaft. Einer seiner wesentlichen Befunde: Er sah in der industriellen Arbeitsteilung eine grundsätzliche Gefahr.

Günther Anders im Wortlaut: Es gehöre bei dieser Arbeitsteilung „zum Wesen der Arbeitenden“, dass sie „auf den Anspruch verzichten, und die Lust und die Fähigkeit verlieren, sich über die Rechtmäßigkeit der von ihnen miterzeugten Produkte (und die möglichen und beabsichtigen Effekte dieser Produkte) Gedanken oder gar Gefühle zu machen.“ Auch neigten alle Produzenten wegen dieser Arbeitsteilung dazu, die Gefahren, die von ihren Produkten ausgingen, zu relativieren.

Genau an dieser Nahtstelle arbeiteten in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren Betriebsräte des Auto-Konzern Daimler; sie nannten sich „Plakat-Gruppe“. Diese Gruppe von Betriebsräten um Willi Hoss, später Bundestagsabgeordneter der Grünen, und Dieter Marcello machte sich eben die Gedanken, die Anders so vermisste: Was nützen die Autos, die wir herstellen, was schaden sie? Ihr großes Thema: Wie bauen wir die

Autoindustrie so um, dass die Produkte ökologisch und die Arbeitsverhältnisse sozialer sind? Ein erstes Ergebnis ihrer ungewöhnlich weitsichtigen und jenseits des Mainstreams sich befindlichen Haltung: Ihre Gewerkschaft, die IG Metall, warf sie hochkant raus; viele Jahre später wurden sie dann stillschweigend wieder aufgenommen, erfolgreiche Betriebsräte waren sie auch ohne die IG Metall.

Aber: Anfang der 1990er-Jahren, also ein gutes Jahrzehnt später, näherte sich sogar diese IG Metall selbst solchen Überlegungen. Zusammen mit Umweltverbänden entwickelte sie offiziell das Programm „Auto, Umwelt und Verkehr. Umsteuern, bevor es zu spät ist“, das heute revolutionär klingt: von der gift- und schadstofffreien Produktion über das systematische Recycling, der Kooperation aller Verkehrsträger über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs bis zur Änderung des Verbraucherverhaltens — es fehlte nichts, was ein fortschrittliches Herz, was Willi Hoss und Dieter Marcello begehrten. Autokonzerne sollten sich zu Unternehmen entwickeln, die ganzheitliche Mobilitätssystem anbieten, nicht mehr nur sinnlos Autos produzierten. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, heute immer noch — gar mehr denn je — eine Spinnerei. Damals verkörperten Leute wie Franz Steinkühler, Vorsitzender der IG Metall, und Daniel Goedevert, Automanager (von 1981 bis 1989 Vorstandsvorsitzender der deutschen Ford-Werke), das Visionäre. Und scheiterten. Weil „uns der Rückhalt in der Gesellschaft fehlte“, wie Steinkühler später bekannte.

Immer diese Besserwisser

Natürlich gibt es seit vielen Jahren tausende Organisationen, Institute und Projekte, die theoretisch und praktisch den Gedanken des Klima- und Naturschutzes, der Energie-, Verkehrs- und Agrarwende beherzigen und befördern. Die oben erzählten Beispiele zeigen jedoch, dass es solche Ansätze bereits seit Jahrzehnten gibt, sogar in Regierungen, also in politischen Machtzentren, sogar im Kernbereich der Industrie, in der Produktion, in Konzernen, also auch in wirtschaftlichen Machtzentren. Diese Weitsichtigen, die von der primitiv-engstirnigen und ausschließlich von kurzfristigen Interessen geleiteten Weiterso-Fraktion so gerne als Besserwisser denunziert werden, sie waren nie alleine oder isoliert, aber sie waren immer klar in der Minderheit. Und der jeweilige gesellschaftliche „Mehrwachstum“-Mainstream drängte sie immer in die Nischen, an die Peripherie, machte sie zu Außenseitern; eben weil ihre weitsichtige Haltung Shoppen ebenso wie die Profitmaximierung störte.

Laschet, Scholz und Al-Wazir mit ihren Peanuts

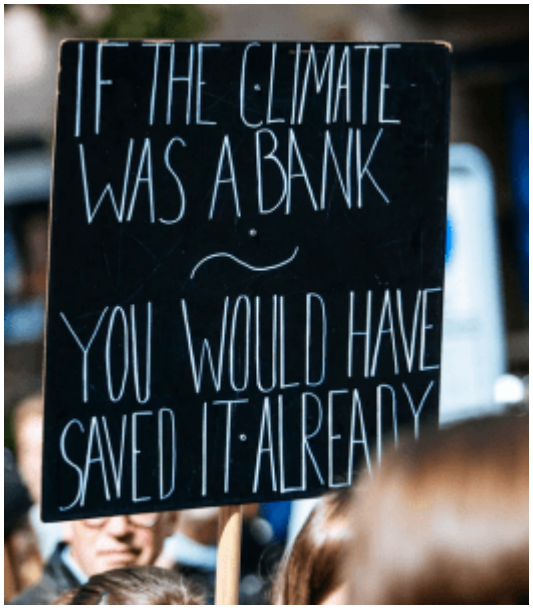


Foto: Markus Spiske auf Unsplash

Der Blick zurück und diese Beispiele zeigen: Es geht schon lange nicht mehr um Panikmache. Es liegt ein über Jahrzehnte gesammeltes Wissen über gravierende Fehlentwicklungen vor, das sich zu Gewissheiten verdichtet hat. Die lange angekündigte Katastrophe rückt näher. Der Blick zurück zeigt auch: Die Politik ist mit der Zunahme der Dramatik nicht mutiger, eher feiger geworden.

Sicher, es wird einiges gemacht, um Gesellschaft und Wirtschaft klima- und naturverträglicher zu gestalten: von den Radwegen bis zum Ausstieg aus der Braunkohle; Endpunkt 2038 und 40 Milliarden Euro teuer, quasi ein Luxus-Ausstieg. So meinen es Tarek Al-Wazir, Armin Laschet und Olaf Scholz ernst, wenn sie sagen: Aber wir tun doch wahnsinnig viel, wir geben doch hier zehn Millionen für die Renaturierung von Flüssen aus und dort 40 Millionen für Bannwälder und dort wird Tempo 40 eingeführt und bald gibt es keine Verbrenner-Autos mehr. Stimmt alles: Aber da 40 Jahre so gut wie nichts gemacht wurde, sind das heute leider nur Peanuts. Zumal zeitgleich die Politik unverändert auch die Zerstörung von Natur und Klima finanziert: mit der Entfernungspauschale, den Steuervorteilen für Dienstwagen, der Förderung des Luftverkehrs (Erlass der Mehrwertsteuer für internationale Flüge) und vieles mehr. Marcus Theurer, Redakteur der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, hat zusammengezählt: Es gehe jährlich um etwa 30 Milliarden Euro.

Das heißt staatliches Handeln ist bestenfalls zwiespältig. Und wie ist die ‚Gefechtslage' in der Gesellschaft: Eine kleine (vermutlich wachsende) Minderheit richtet sich auch in ihrem Alltag neu aus. Die überaus große Mehrheit will unbedingt weiterleben wie bisher; auch weil sie nichts anderes kennt und kann, weil sie fürchtet bei Änderungen materiell noch stärker unter die Räder zu kommen.

Auch das noch: Angriff auf mein normales Leben



Das zeigt: Es geht um tiefsitzende kulturelle Gewohnheiten. Als werde jedem neuen Erdenbürger auf deutschem Boden ein Chip eingepflanzt, der ständig Anreize sendet: Auto, Haus, Urlaub, Konsum, das sind die Zutaten für mein Lebenselixier … . Maja Göpel, Nachhaltigkeitsforscherin, macht mit sehr einfachen Hinweisen deutlich, wie unsinnig das dahinter stehende rigide Konsum- und Wachstumsdenken ist. In ihrem Buch „Unsere Welt neu denken“ erinnert sie daran, dass die Ideen der wachsenden Wirtschaft aus dem 18. und 19. Jahrhundert stammten, also nicht cool, sondern eigentlich wahnsinnig veraltet sind. Damals wohnten eine Milliarde Menschen auf der Welt, fast alle von ihnen, auch die in Europa, hatten pro Kopf sehr wenig Besitz. Sie findet, dass es deshalb sinnvoll sei, diese Art von Normalität einmal radikal zu unterbrechen.

Nun wird die altbekannte ökologisch halbwegs gutwillige Minderheit sagen: Ja, sehr gut, das ist sinnvoll, die Göpel hat recht, diese irre Normalität zu unterbrechen. Der Planet erhitzt sich, die Natur stirbt, der Wald verschwindet, der Mensch leidet. Ist doch alles klar. Spätestens heute doch. Denn wer hätte das vor drei Jahren zu sagen gewagt: in Deutschland zwei Dürrejahre, zwei Hitzesommer mit bis zu 40 Grad, heute Orte in Kanada mit bis zu 50 Grad, liebliche Flüsschen blitzschnell in zerstörerische Wassermassen verwandelt, Milliardenschäden, viele Tote — er und sie wären als verantwortungsloser Panikmacher abgetan worden.

„Allmählich wird es gefährlich“

Der Klimaforscher Mojib Latif beschreibt den heutigen Stand der Dinge so: Die aktuellen Ereignisse und die der letzten Jahre zeigten, dass „wir als Menschheit gerade den Wohlfühlbereich“ verließen. Und: „So langsam wird es gefährlich, und ich habe manchmal das Gefühl, die Politik begreift es nicht.“

Wer noch ein Zahl braucht: Im Juni 2020 wurde an einem Morgen am kältesten bewohnten Ort der Welt, in Werchojansk, im Norden Sibiriens gelegen, 38 Grad Celsius gemessen — 30 Grad mehr als gewohnt. In einem Bericht von 2018 prognostiziert die Weltbank, bis 2050 werde der Mittlere Osten mit Temperaturen bis zu 50 Grad unbewohnbar.

Trotzdem wird die große Mehrheit das Ansinnen von Maja Göpel als einen persönlichen Generalangriff auf all das werten, was ihr wichtig ist. Die Mehrheit ahnt: Es geht um tiefe Veränderungen in Leben, Konsum, Mobilität und Produktion. Es geht also um all das, was die herrschende Kultur und Mentalität ausmacht. Und sie stellt deshalb alle Stacheln auf. Der Herausforderung wird jedoch nur die Partei, die politische Elite gerecht, die es wagt, dies auszusprechen und sich mit mächtigen Lebensstilen ebenso wie mit mächtigen Industrieinteressen anzulegen. Wer wagt das erste Gesetz, mit dem der Machtkampf aufgenommen wird? Spannende Zeiten.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren